

Rechtspopulisten als Krisengewinnler in West- und Osteuropa?

Hartleb, Florian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hartleb, F. (2013). Rechtspopulisten als Krisengewinnler in West- und Osteuropa? *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 62(1), 69-80. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96362-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Rechtspopulisten als Krisengewinnler in West- und Osteuropa?

Florian Hartleb



Dr. phil. Florian Hartleb, Research associate beim Centre for European Studies in Brüssel, Lehrbeauftragter an der Universität Bonn sowie an der Hochschule für Politik München

Zusammenfassung

Nach Meinung vieler Beobachter stehen die EU und damit das gesamte Integrationsprojekt vor einem Belastungstest. Die Sorge geht um, dass vor allem rechtspopulistische Parteien die Krisengewinnler sind, da sie seit geraumer Zeit immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene in West- wie in Osteuropa erzielen. Dabei mobilisieren und emotionalisieren sie mit den Themen „Euroskeptizismus“ sowie „Recht und Ordnung“. Bei letzterem werden beträchtliche Unterschiede zwischen West- und Osteuropa deutlich. Mit dem oft von einem charismatischen Anführer vorgetragenen Appell werden durch das Anknüpfen an wohlfahrtschauvinistische Motive auch breite Teile der Mittelschichten anfällig. Gemeinsam ist den Tendenzen, dass die etablierten Vertreter von Politik ebenso wie die tradierten Formen von Demokratie unter Druck geraten sind. Dennoch gibt der Befund Entwarnung, dass es durch die Buntscheckigkeit und Heterogenität von rechtspopulistischen Parteien bislang nicht zu einer Populistischen Internationalen gekommen ist.

1. Einleitung: Relevanz und Fragestellung

Europas Rechtspopulisten sind im Aufwind, was insbesondere bei den europäischen Eliten für Unruhe sorgt. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, etwa äußerte in seiner Grundsatzrede zur „Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011“ am 28. September 2011 im Europäischen Parlament in Straßburg seine Sorge: „Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr“ (Barroso 2011). Auch die Vertreter der in Westeuropa schrumpfenden sozialdemokratischen und christdemokratisch-konservativen Parteien, im deutschen Kontext als Volksparteien bezeichnet, zeigen sich besorgt, zumal die Krise der Euroländer 2011 für eine tief greifende Diskussion über Stärken und auch offenkundige Schwächen des europäischen Projekts sorgt und institutionelle Änderungen notwendig macht.

schrumpfende sozialdemokratische und christdemokratisch-konservative Parteien

Schwächen des
europäischen
Projekts

Die Sorge geht um, dass vor allem rechtspopulistische Parteien die Krisengewinnler sind, da sie immer wieder Wahlerfolge auf nationaler Ebene erzielen. So zogen neue Herausforderparteien in die Parlamente ein, etwa bei den Parlamentswahlen im September 2010 in Schweden („Schwedendemokraten“) und im April 2011 in Finnland („Wahre Finnen“, mittlerweile in „Die Finnen“ umbenannt). Inzwischen kann man von einer „zweiten Generation“ des Rechtspopulismus sprechen, da sich in Frankreich und Österreich mit Marine Le Pen (Front National) und Heinz-Christian Strache (Freiheitliche Partei Österreich, kurz FPÖ) erfolgreich die auf die Parteiführer ausgerichteten Parteien erneuert haben. Das Bild ist freilich nicht einheitlich. So mussten die Rechtspopulisten auch Einbußen verzeichnen, zuletzt in den Niederlanden. Bei der von ihr forcierten vorgezogenen Neuwahl vom September 2012 kam die „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders nur noch auf 10,1 Prozent. Sie büßte nicht nur 5,4 Prozentpunkte, sondern auch ihre komfortable Position als „Tolerierer“ der Minderheitsregierung ein.

Aktueller Erfolg rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa (gemäß ihrer letzten Wahlen; geordnet nach den Wahlerfolgen)

Land	Politische Partei	Letzte nationale Wahl		Europawahl
		Datum	Resultate ¹	2009 Resultate ²
Norwegen	Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet – FRP)	14/09/2009	22.9%	-
Finnland	(Wahre) Die Finnen (Perussuomalaiset – PS)	17/04/2011	19.0%	9.8%
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs – FPÖ)	28/09/2008	17.5%	12.71%
		10/06/2012		
Frankreich	Front National (FN)	(erster	13.6%	6.3%
		Wahlgang)		
Dänemark	Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti – DF)	15/09/2011	12.3%	14.8%
Österreich	Bündnis Zukunft Österreich – (BZÖ)	28/09/2008	10.7%	4.58%
Niederlande	Freiheitspartei (Partij voor de Vrijheid – PVV)	12/09/2012	10.1%	16.97%
Italien	Lega Nord (LN)	14/04/2008	8.3%	10.2%
Belgien	Vlaams Belang (VB)	13/06/2010	7.7%	9.85%
Schweden	Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna – SD)	19/09/2010	5.7%	3.27%

Source: ¹parties-and-elections.de; ²European Parliament

Osteuropa
Nationalpopulismus

Auch in Osteuropa entfaltet der Rechtspopulismus seine Wirkung. Mitunter wird er durch den starken patriotischen Bezug zur Nation auch als Nationalpopulismus bezeichnet. Populistische Züge weist die mit einer satten Zweidrittelmehrheit ausgestatteten Fideszpartei von Viktor Orbán in Ungarn auf. In Polen weist die ebenfalls nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ manch populistische Merkmale auf. Besonders in ihrer Regierungszeit zwischen 2005 und 2007 unter Einschluss zweier mittlerweile verschwundener Parteien sorgten die Zwillingbrüder Jarosław und der mittlerweile tragisch verunglückte Lech Kaczyński für Unruhe in Europa. Bei den Wahlen in Litauen im Oktober 2012 bekam die Partei „Ordnung und Gerechtigkeit“ von Rolandas Paksas 7,8% und ist als Juniorpartner an der sozialdemokratisch geführten Regierung beteiligt. Neben diesem häufig als Parteienfamilie apostrophier-

ten Rechtspopulismus (Decker/Lewandowsky 2012) lässt sich das Aufkommen eindeutig neofaschistisch-antisystemischer Formationen verzeichnen, die bei den letzten Wahlen in Griechenland im Mai und Juni 2012 („Goldene Morgenröte“) und Ungarn im April 2010 („Jobbik“) sogar in die Parlamente einzogen. Besonders krass ist der Fall „Ungarn“, da die antisemitische und romafeindliche Jobbik auf fast 17% kam.

Populistische Parteien von links sorgen für eine neue Buntscheckigkeit der europäischen Parteienlandschaft. Bei der Parlamentswahl in Polen im Oktober 2011 kam eine anti-konservative Palikota, benannt nach ihrem Parteivorsitzenden und Namensgeber Ruch Palikota, auf 10,1%. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Slowakei im März 2012 erreichte eine antielitäre „Partei der gewöhnlichen Leute und unabhängigen Personen“ 8,6%. Besonders in Deutschland ist die eher linksalternative Piratenpartei, die einen Neuansatz von „digitalisierter Politik in Echtzeit“ verfolgt, zumindest zeitweise erfolgreich; sie zog in zahlreiche Landesparlamente ein. Mehr und mehr zeigt die allgemeine Entwicklung, dass schillernde Figuren – Nicht-Politiker, Geschäftsleute oder öffentlich bekannte Figuren wie in Italien der Komiker Beppe Grillo – in die Politik drängen. In Österreich versucht der Geschäftsmann und Milliardär Frank Stronach wie einst erfolgreich Silvio Berlusconi den Einstieg in die Politik.

Populistische
Parteien von links

Gemeinsam ist den Tendenzen, dass die etablierten Vertreter von Politik ebenso wie die tradierten Formen von Demokratie unter Druck geraten sind. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die genuin rechtspopulistischen Parteien, hinterfragt nach einer Begriffsklärung ihre thematischen Erfolgsbedingungen – die „winning formula“ (Kitschelt 1995) – den Faktor „Persönlichkeit“ und ihr Wählerklientel. Am Ende stehen ein Fazit und Perspektiven.

„winning formula“

1. Begriffliche Annäherungen an ein Phänomen

Besondere Relevanz kommt der Bezeichnung Populismus durch die Verwendung im politischen und medialen Diskurs zu. Oftmals ist der Begriff dabei negativ konnotiert und beschreibt den Vorwurf, der andere rede dem Volk nach dem Munde und schüre latent vorhandene Ängste und Vorurteile. Positiv gewendet gilt der „Populist“ als jemand, der die Probleme der „kleinen Leute“ versteht, sie artikuliert und direkt mit dem „Volk“ kommuniziert. Hier zeigt sich die Zwiespältigkeit des Begriffs Populismus. Einerseits verkörpert er allein aufgrund seiner Bedeutung demokratische Ideale. Populismus ist nach dieser Logik ein fester Bestandteil von Demokratie. Andererseits, gemäß dem Suffix „-ismus“, intendiert der Terminus Populismus schon per se eine Übersteigerung, welche sich auch gegen Normen des modernen demokratischen Verfassungsstaats, namentlich gegen Repräsentativkörperschaften und demokratisch-administrative Entscheidungsprozesse, richten kann. Populismus und Demokratie stehen daher in einem Spannungsverhältnis (Sturm 2000).

Populismus und
Demokratie in einem
Spannungsverhältnis

Der Rechtspopulismus umfasst ein Konglomerat aus Strömungen, die an die „einfachen Leute“ und nicht an bestimmte Schichten, Klassen, Berufsgrup-

pen oder Interessen appellieren. Sowohl privilegierte Schichten als auch gesellschaftliche Randgruppen dienen als Sündenböcke für soziale Missstände. Hieraus ergeben sich zwei zentrale Aspekte:

- Die *vertikale* Dimension als allgemeines Merkmal des Populismus: die Abgrenzung gegen die politische Klasse (Institutionen, Altparteien). Sie kommt in einer Stimmung des „Wir“ gegen „die-da-oben“ zum Ausdruck.
- Die *horizontale* Dimension als spezifisch rechte Variante des Populismus: die Abgrenzung gegen Immigranten oder andere Randgruppen, Fremde und Kriminelle; das „Wir“ gegen „die-da-draußen“.

Populistische Parteientypen, die sich nicht nur von den etablierten Parteien, sondern durch ihre grundsätzliche Systembejahung auch von rechtsextremistischen Parteien abgrenzen lassen, bedienen Anti-Parteien-Affekte. Sie stehen in Gegnerschaft zum Establishment, neigen zu vorgeschobenen, inszenierten und dadurch medienwirksamen Tabubrüchen, verfügen über eine zentrale Leitfigur, zielen mit einer identitätsstiftenden Wir-Gruppe auf klare Feindbilder, preisen die direkte Verbindung zwischen „Volk“ und Regierenden und stellen ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Populistische Parteien agieren mit einer Politik der Beschwerdeführung, die auf den politischen Gegner zielt und wenig Skrupel kennt. Gerne setzen sie speziell in Wahlkämpfen das Mittel des „Negative-Campaigning“ ein, da sie als Anti-Parteien-Parteien im Zuge der modernen „Waschmittelwahlkämpfe“ darauf erpicht sind, sich als „Farbtupfer“ darzustellen. Die sogenannten Polarisierungsstrategien manifestieren sich beispielsweise in Schuldzuweisungen und richten sich generell gegen Politiker etablierter Parteien. Das macht sie aber noch nicht zu Rechtsextremen.

Anti-Parteien-
Parteien

Der Populismus bietet nicht zuletzt auch Orientierung, weil er als Bewegung auftritt, welche die Lösung von Problemen „personalisiert“. Seine Struktur ist dadurch gekennzeichnet, dass es sich eher um lose organisierte Bewegungen mit Massenbasis als um politische Parteien im tradierten Sinn handelt. Geert Wilders ist gar das einzige Mitglied seiner Partei, was eine völlige Loslösung vom tradierten Konzept der Mitgliederpartei bedeutet. Der Populismus ist Symptom eines Funktionswandels der Parteien, gerade weil die Partei nicht mehr durch eine Pyramidenstruktur aus der Basis wächst, sondern eine virtuelle Erscheinung rund um eine einzige Person zu sein scheint. Bereits aufgrund der eher lockeren Binnenorganisation ergibt sich eine auf den „Kopf“ zugeschnittene Bindung. Innerparteilich kann es dabei zu einem Mangel an Demokratie kommen. Die Parteien werden autoritär geführt und vertreten diesen Anspruch durch den Vorsitzenden. Zentrale Fragen entscheidet oftmals die Führungsfigur, ohne die übrige Parteiführung oder gar die Parteibasis einzubeziehen. Teilweise nötigt sie die Partei zur Akzeptanz, indem sie Entscheidungen zunächst in der Öffentlichkeit bekannt gibt, um dadurch Druck auf Funktionäre und Mitglieder auszuüben.

Personalisierung

Mangel an
Demokratie

Aufstieg und jäher Fall der populistischen Heilsbringer liegen deshalb eng zusammen. Die eigene Partei kann durchaus die Gefolgschaft verweigern, sich über den rigiden Führungsstil mokieren und sich bei Misserfolg emanzipieren. Die Führungspersönlichkeit hat die Funktion, die teilweise widersprüchlichen

Positionen seiner Partei zu kaschieren und das Spannungsverhältnis zwischen klarer inhaltlicher Positionierung und thematischer Beliebigkeit zu überdecken. Sie zentriert das Öffentlichkeitsbild der ganzen Partei auf ihre Person. Einerseits ist diese Fixierung die Chance des um Aufmerksamkeit buhlenden Außenseiters, andererseits gehen damit große (Sicherheits-)Risiken einher.

Das politische Denken der Führungspersönlichkeit changiert zwischen Wunschdenken und Selbstüberschätzung. Eine fortwährende Überblendung von Anspruch und Realität, Schein und Substanz tritt ein. Gerät er selber ins Kreuzfeuer der Kritik, kann das die Handlungsfähigkeit der Partei, die auf ihn angewiesen ist, lähmen. Wenn ihr Anführer durch elektorale Misserfolge nicht mehr unantastbar ist, kommen interne Querelen und Zerwürfnisse der tendenziell instabilen Partei leicht zum Vorschein. Von Putschversuchen und Palastrevolutionen können sich derartige Parteien kaum regenerieren. Sie sind von ihrem Anführer abhängig, das Schicksal der Partei ist mit dem des Parteiführers verbunden. Der Fall „Österreich“ zeigt aber, dass die Parteien zu einer Regeneration fähig sind. Heinz-Christian Strache ist erfolgreich in die Fußstapfen von Jörg Haider getreten, der einst eine tiefe Existenzkrise der FPÖ verursacht hatte.

Führungs-
persönlichkeit

2. Thematische winning formula

2.1. Recht und Ordnung

Das Thema der Sicherheit bzw. Sicherung des Vaterlandes („homeland“), verbunden mit dem Slogan „Recht und Ordnung“ hat in West- wie Osteuropa große Bedeutung. Bei Parteien in Osteuropa steht sogar der Parteiname dafür, in Polen „Recht und Gerechtigkeit“ oder in Litauen „Ordnung und Gerechtigkeit“. Recht und Ordnung wird als Problem präsentiert, dem nur durch Maßnahmen wie Aufstocken der Polizei und Ausdehnung ihrer rechtlichen Befugnisse und Videoüberwachung etwa von öffentlichen Plätzen zu begegnen sei. Den Ängsten vor einer – angeblich – rapide auswuchernden Kriminalität setzen sie damit einen starken Staat mit einer Politik der „Null Toleranz“ entgegen. Recht und Ordnung bezieht sich auf das populistische Ideal des „homeland“, zugleich auf moralisierende Weise Dekadenz und Werteverfall beschwörend. Das Thema Verbrechen tangiert die unmittelbaren Erfahrungen, vermeintliche Gerechtigkeitsgefühle sowie die Ängste und Unsicherheiten insbesondere der „einfachen Leute“.

Im engeren Sinne existieren beträchtliche Unterschiede zwischen West- und Osteuropa. In Westeuropa kombinieren die rechtspopulistischen Vertreter law and order mit einem immigrationsfeindlichen Diskurs, der in Osteuropa mangels Immigranten praktisch keine Rolle spielt. Allein eine Angst vor einer „Chinesischen Invasion“ wird mitunter beschworen. In Litauen wird „Ordnung und Gerechtigkeit“ sogar von der polnischen Minderheit unterstützt. An Stelle von Immigrationsfeindschaft agitieren populistische, mehr aber extremistische

Immigrations-
feindlicher Diskurs

Roma Gruppierungen häufig gegen die Roma, etwa in der Slowakei, Tschechien und in Ungarn und in Südosteuropa.

In Westeuropa hingegen hat die Immigrationsfrage mittlerweile einen immens hohen Stellenwert, auch im öffentlichen Diskurs und damit auch in Wahlkämpfen. Durch neue Entwicklungen wie dem „arabischen Frühling“ bleibt das Thema auf der Tagesordnung, da es Furcht vor einem „Zuviel“ an Immigration gibt. Die rechtspopulistischen Parteien und deren Repräsentanten schlagen aus einer „Das Boot ist voll“-Kampagne Kapital. Wie aus Umfragen hervorgeht, sind ungefähr zwei Drittel der Bürger der Europäischen Union schon seit Längerem der Ansicht, die Obergrenze der Aufnahmefähigkeit von Migranten sei erreicht. Mit derartigen Einstellungen wird nicht nur ein „Nein“ zu Asylbewerbern oder Arbeitsimmigranten ausgedrückt, sondern ein tief liegendes Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens in Worte gefasst. Experten räumen heute ein, dass politisch Verantwortliche und soziale Einrichtungen die Einwanderer viel zu lange „in Watte gepackt“ hätten. Sie übersahen den kulturellen Konflikt, der sich zwischen dem orthodoxen Islam und den libertär-permissiven europäischen Gesellschaften abzeichnete, in denen sich beispielsweise die Emanzipationsprozesse von Frauen und Homosexuellen gerade zu identitätsstiftenden Werten entwickelt hatten (Cuperus 2011).

Die in der Tat wenig integrierten Muslime haben im heutigen Europa unter Diskriminierungen und Vorurteilen zu leiden. Nahezu alle rechtspopulistischen Formationen sehen die europäische Kultur bedroht und warnen vor der Islamisierung Europas und der Gefährdung der nationalen Identität. Sie spielen auf der Klaviatur der Ressentiments, womit sie aber immer größeren Einfluss auf die Regierungs-*Policies* entfalten (Burkaverbot etc.) und direkt oder indirekt Wirkung erzielen. Die Präsenz des Islams und dessen öffentliche Darstellung – der Bau von Moscheen, traditionelle Kleidung und Ähnliches – ist ihnen ein Dorn im Auge. Zudem will der Rechtspopulismus die Erwartungen einer Wählerschaft erfüllen, die seit dem 11. September 2001 an einer Art antiislamischen Psychose leidet. Der Islam wird als globale Bedrohung gesehen. Das antiislamische Motiv steht dann auch im Mittelpunkt vieler Kampagnen, etwa durch die Freiheitliche Partei in Österreich unter Heinz-Christian Strache und den Spruch „Daham statt Islam!“.

antiislamische
Psychose

Erfolgreich mit dem Thema „Antiislam“ ist die Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid, PVV) von Geert Wilders. Wilders verglich den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“. In seinen Reden, Kommentaren und Interviews zeigt Wilders eine immer radikaler werdende Variante der Islamphobie. Diese gründet sich auf einer Vielzahl von apokalyptischen Verschwörungstheorien zur bevorstehenden Unterwerfung Europas. Den Islam selbst sieht Wilders in erster Linie als politische Ideologie mit totalitärem Anspruch (Wilders 2012: 7-27). Im eigenen Land musste sich Wilders von Oktober 2010 an wegen seiner harten Kritik am Islam vor Gericht verantworten, wurde aber im Juni 2011 freigesprochen. Seine Äußerungen deckten sich mit der Meinungsfreiheit. Damit konnte Wilders triumphieren.

Verschwörungstheorien

2.2. Euroskeptizismus

Trotz des fortschreitenden Integrationsprozesses ist das Thema „EU“ in der Bevölkerung nicht sehr populär. Die Krise der Eurozone, besonders der chronische Patient „Griechenland“, verstärkt diese Furcht. Bei der jüngsten Parlamentswahl in Finnland am 18. April 2011 wurde gegen die von der EU getragene Portugalrettung mobilisiert, so dass die euroskeptische Partei „Wahre Finnen“, mittlerweile in „Die Finnen“ umbenannt, fast aus dem Stand heraus auf beinahe 20 Prozent der Stimmen kam. Die nicht-xenophobe Partei stand im Wahlkampf dafür, Hilfszahlungen an die Schuldenländer zu blockieren und den Rettungspakt nach zu verhandeln. Euroskeptizismus kann dann zu einem Mobilisierungsthema werden, wenn die EU, oder besser ein Mitgliedsland von ihr, in finanzielle Nöte gerät und nach europäischer Solidarität gefragt wird. Derzeit steht viel auf dem Spiel.

Krise der Eurozone

Generell sind derartige (finanzielle) Solidaritätsbekundungen innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten schwer zu kommunizieren sein, so dass, bei Häufung solcher Fälle einer euroskeptischen Mobilisierung Tür und Tor geöffnet wäre. Für eine euroskeptisch geeinte Parteienfamilie fehlt es, trotz derartiger konjunktureller Gelegenheitsstrukturen, dennoch an einem strukturellem Identitätskern, Vertrauen und Solidarität untereinander sowie einer programmatisch-strategischen Agenda, obwohl beträchtliche Teile in der europäischen Öffentlichkeit euroskeptisch eingestellt sind (Hartleb 2011). Euroskeptizismus ist nicht nur auf die rechtspopulistischen Parteien beschränkt, wenn man auf die starke euroskeptische Formation innerhalb der regierenden britischen Konservativen („Tories“) und ihre konkreten Auswirkungen auf die britische Europapolitik blickt.

Der Rechtspopulismus bekundet seine Skepsis gegenüber einem zusammenwachsenden Europa. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von der EU regiert werde. Die Europäische Union beäugen sie misstrauisch gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein!“. Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen, denen es offensichtlich an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt: Der EU-Politik mangelt es tatsächlich an demokratischer Rechenschaftspflicht, auch wenn der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments stärkte.

„Europa ja –
EU nein!“

Im Unterschied zu rechtsextremen Positionen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess jedoch nicht ab. Vorrangig kritisieren sie das „Wie“, nicht das „Ob“. Das EU-Thema lässt sich in verschiedenen Variationen transparent machen. Auf diese Weise können Populisten die Schwäche der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik anprangern und damit in ihrer typischen Schwarz-weiß-Malerei ein christlich-abendländisches Bollwerk gegen einen unberechenbaren Islam propagieren. Oder sie prangern den freien Warenverkehr im Binnenmarkt an und machen ihn für die organisierte Kriminalität verantwortlich. Sie bauen darauf, dass es ein gewaltiges Potential an antieu-

eine ökonomische
und kulturelle
Festung Europa

europäischen Ressentiments gibt, welches politisch nutzbar ist. Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich gegenüber der EU ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen. Populisten, die längerfristig „überleben“ wollen, werden allem Anschein nach nicht zum Boykott der EU aufrufen, sondern vielmehr „eine ökonomische und kulturelle Festung Europa“ anpreisen und vermarkten. Ausmaß und Grad an Euroskeptizismus fluktuieren stark, wie das polnische Beispiel zeigt. Die populistische Aufwallung unter den Kaczyńskis ist einem europafreundlichen Kurs von Donald Tusk gewichen, der auch in der Bevölkerung große Zustimmung findet. Insbesondere in Osteuropa spielt der auf die Bevölkerung wirkende Elitendiskurs eine besondere Rolle. Verbreitet man den Untersuchungsraum auf das gesamte Osteuropa, ist das Thema „Europa“, etwa in den baltischen Staaten, parteipolitisch nur von peripherer Bedeutung.

3. Wählerklientel

kapitalismuskritische
Positionen

Globalisierungs-
verlierer

In den 1980er und frühen 1990er Jahren vertraten viele erfolgreiche europäische Rechtsaußen-Parteien in Westeuropa noch neoliberale, aber kaum kapitalismuskritische Positionen. Beispiele sind die österreichische FPÖ und der Front National. Der Wettbewerbsgedanke dominierte. Heute buhlen solche rechten Formationen um Globalisierungsverlierer. In der Tat zeigen Untersuchungen zu rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa, dass rechtspopulistische Parteien ein Potential in den Bevölkerungsgruppen haben, die Deprivationserfahrungen aufweisen. Es handelt sich dabei um ökonomisch marginalisierte und sozial randständige Gruppen (Spier 2010). Im osteuropäischen Kontext ist immer wieder die Rede von den so genannten Transformationsverlierern – Gruppen, die mit dem Systemwechsel überfordert waren oder sind (Frölich-Steffen 2008).

Der Kapitalismus selbst bietet zahlreiche Anstöße für Kritik, wie die weltweite Kettenreaktion im Zuge des Kollapses einiger US-amerikanischer Banken im Jahr 2008 gezeigt hat. Auch seit 2011 wiederholt sich die Situation; die globalen Finanzmärkte sind höchst schwankend, mit negativen Folgen für die USA, Europa, aber auch für das aufstrebende China. Prognosen gestalten sich als sehr schwierig, was Kapitalismuskritikern Nahrung gibt. Dennoch haben diese kaum Gegenrezepte bereit. Dies erschwert ihr politisches Überleben im Unterschied zu den bereits etablierten rechtspopulistischen Parteien.

Wohlfahrts-
chauvinismus

Neben der Globalisierungsverliererthese gibt es den Wohlfahrtschauvinismus als griffige Erklärungsformel für die elektorale Unterstützung von Populisten. Die Politik des Wohlfahrtschauvinismus zielt darauf ab, die Leistungen des Wohlfahrtsstaates weitgehend allein der einheimischen Bevölkerung zukommen zu lassen. Der Begriff Wohlfahrt bezieht sich dabei auf die vom Staat gestellten Sozialleistungen für den Einzelnen und nicht auf den gesellschaftlichen Wohlstand (Decker 2004: 198-206). Wohlfahrtschauvinismus argumentiert mit der Fiktion, Verteilungskonflikte drehten sich ausschließlich um den eigenen Nationalstaat. Somit werden protektionistische Einstellungen inner-

protektionistische
Einstellungen

halb der Bevölkerung und der Wählerschaft bedient. Die Wähler wollen ihren Besitzstand um jeden Preis erhalten und wenden sich deshalb an eine Partei, die für diese Bestrebung einzustehen verspricht. Rechtspopulistische Formationen bedienen mit Abschottungsparolen Schutzbedürfnisse der Bevölkerung. Sie schüren die Angst vor ökonomischer Deklassierung und dem sozialen Abstieg. Die These vom Wohlfahrtschauvinismus erklärt auch, dass es zwischen den Problemen der Krisenländer und einem möglichen Aufstieg rechtspopulistischer Formationen keinen zwingenden Automatismus geben muss. Bislang gibt es in Ländern wie Spanien, Portugal oder Irland keine solche Kraft, obwohl es reale Problemlagen gibt wie etwa die immens hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien.

In der heutigen Zeit, in der die durch Automatisierung und Verlagerung der Produktion in Länder mit niedrigen Arbeitskosten überflüssig gewordenen Industriearbeiter sich um eine Stelle im Dienstleistungssektor bewerben und dabei mit Immigranten konkurrieren müssen, kann von einer (sogar internationalen) Modernisierungskrise gesprochen werden. Einerseits setzt sich die gebildete Oberschicht heutzutage fast ausschließlich aus individualistischen und liberalen Weltbürgern zusammen, die mehrere Fremdsprachen beherrschen und die durchaus die multikulturelle Gesellschaft mit ihren offenen Grenzen und die Globalisierung bejahen. Andererseits halten die bildungsfernen Schichten an nationalen Traditionen, an ihrer Muttersprache, an der einheimischen Kultur und an den alten Wohnvierteln in Großstädten fest, trotz vermehrter Ansiedelung von Immigranten. Außerdem befürchten sie, dass der nationale Fürsorgestaat oder Wohlfahrtsstaat zusammenbrechen würde, wenn den massenhaft eingewanderten Ausländern der Zugang zu seinen Leistungen nicht gesperrt wird; ihr *welfare state chauvinism* wird von populistischen und nationalistischen Parteien aufgegriffen und geschürt. Eine weitere Erklärung wird nach der Formel „mehr Ausländeranteil und mehr Immigration gleich mehr Erfolg für die immigrationsfeindlichen Rechtspopulisten“ angeführt. Rechtspopulistische Parteien können unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik des jeweiligen Landes reüssieren. Das gilt gerade für Skandinavien. In Schweden konnten die Schwedendemokraten 2010 in das Parlament einziehen, obwohl es im Lande keine größeren Immigrationsprobleme gibt.

Modernisierungskrise

4. Fazit und Perspektiven

Rechtspopulisten gemein ist:

- die harsche Kritik am Modus des Regierens, insbesondere an den angeblichen „Kartellparteien“, die den Interessen des homogen konstruierten „Volkes“ zuwiderlaufen (Beyme 2011: 59).
- die Herausforderung für das konsensuale Demokratiemodell (wie bereits in Österreich, den Niederlanden im Rahmen des Poldermodells, Skandinavien und Finnland sowie Polen).
- ein Aufbrechen des proeuropäischen Konsenses (Finnland, Frankreich, Niederlande, Polen).
- das Initiieren eines Antiislamdiskurses ohne Tabus, etwa in Frankreich, Belgien und den Niederlanden.
- eine feindliche Haltung gegenüber Minderheiten im eigenen Land (in der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Südosteuropa vor allem gegenüber den Roma).
- eine zementierte Außenseiterrolle, etwa durch den *cordon sanitaire* der etablierten Parteien (in Frankreich und Belgien).
- gesteigerte innerstaatliche Konflikte, in Belgien zwischen Flamen und Wallonen.

Als Worthülsen sind hingegen die Ankündigungen einer neuen Republik zu verstehen. Einst sprach der österreichische Prototyp des Rechtspopulisten, Jörg Haider, von der Schaffung einer „Dritten Republik“, ebenso Jarosław Kaczyński in Polen von der „Vierten Republik“ wie nun Paksas in Litauen während der Parlamentswahl im Oktober 2012 von der „Dritten Republik“. Hier geht es um eine Art „New Deal“, der den Weg in eine korruptionsfreie Republik mit neuen Eliten und mehr Partizipation zeigen soll. Wie besonders Jörg Haider mit den posthum enthüllten Skandalen ebenso wie der Fall Rolandas Paksas (der als Staatspräsident einst einem Impeachmentverfahren ausgesetzt war) zeigen, sind derartige Bekundungen wenig glaubwürdig.

Der Populismus gibt gerade vor, einen konstruierten homogenen Volkswillen zu repräsentieren, und wirft der Parteienkonkurrenz vor, diesen – angeblich – zu sabotieren. Es entsteht eine Art Generalanklage, die sich nicht gegen die Parteiendemokratie an sich, sondern gegen ihren Status quo und gegen eine durch einen überdehnten Parteienstaat verursachte Malaise richtet. Populistischen Politikern geht es nicht vorrangig um die Anliegen einer Bevölkerungsschicht, geschweige denn um das Allgemeinwohl, sondern um ihren persönlichen Erfolg. Populisten müssen die kritische Frage, welchem Adressaten sie – noch dazu in überzeugender Art und Weise – Rechenschaft erstatten, erst einmal beantworten. Die simple Berufung auf das „Volk“ reicht dafür nicht aus.

Eine beliebte Forderung lautet, die etablierten Parteien müssten sich die Themen der Populisten zu eigen machen und so ihren Bewegungen die Grundlage entziehen. Man kann in dieser Strategie aber auch eine Gefahr für die Demokratie sehen: Wenn sich die Themen der Populisten im demokratischen Mainstream etablierten, stünden Werte wie Gleichheit, Minderheitenschutz

und die freie Rede auf dem Spiel. Ohnehin fahren viele europäische Regierungen in der Immigrationspolitik nun einen härteren Kurs. In Belgien beispielsweise bewirkte das Vlaams Belang trotz mangelnder Regierungsbeteiligung eine Veränderung der *policy* bezüglich der Migrations- und Integrationspolitik.

In Zeiten von Facebook, Twitter, Google plus etc., überall, gerade bei den Campaignmanagern als Wunderwaffe gepriesen, wird selbst Entscheidungspolitik (im Unterschied zur Darstellungspolitik) in Echtzeit übertragen, was einerseits Chancen wie die Ansprache an die junge Generation bietet, andererseits auch das Risiko, der Kurzatmigkeit auf dem Leim zu gehen. Keine politische Sitzung kommt mehr ohne die emsige Kommunikation ihrer Teilnehmer mit der Außenwelt aus. Allein mit sozialen Medien und der damit einhergehenden Flut an wenig systematisierten, kaum gefilterten Informationen werden sich die etablierten Parteien der Mitte aber nicht aus dem Zangengriff rechtspopulistischer Herausforderer und anderer Protestparteien im linken Spektrum befreien können (Hartleb 2012).

Die Zukunft der Europäischen Union mitten in der Krise geht in Richtung Fiskal- und Bankenunion („Vereinigte Staaten“). Dagegen regt sich freilich Widerstandsgeist, nicht nur durch Europas Populisten. Technokratie erzwingt die Sehnsucht nach Visionen und politischer Führung, Renationalisierungstendenzen werden daher eine Begleiterscheinung der europäischen Integration bleiben – eine verzweifelte Reaktion, den Nationalstaat inmitten des europäischen Mehrebenensystems nicht nur symbolisch zu erhalten. Rechtspopulistische Parteien haben gerade in ökonomischen Fragen keine Rezepte bereit und können in den brennenden Fragen der Gegenwart wie Austerität und der Suche nach Wachstumsmöglichkeiten wenig bereitstellen. Das heißt, es wird auch im Zuge der Eurowährungskrise zu keiner populistischen Internationalen kommen.

Literatur

- Barroso, José Manuel Durão 2011: in deutscher Fassung „Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011“ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/607&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (abgerufen am 2. Dezember 2012).
- Beyme Klaus von 2011: Representative democracy and the populist temptation, in: Alonso, Sonia/ Keane, John/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *The Future of Representative Democracy*, Cambridge, S. 50-73.
- Cuperus, René 2011: Der populistische Dambruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Wielenga, Friso/Hartleb, Florian (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster u.a., S. 163-178.
- Decker, Frank: *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen 2004, S. 198-206.
- Decker, Frank/Lewandowsky Marcel 2012: Die rechtspopulistische Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/ Höhne, Benjamin (Hrsg.): *Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?*, Opladen & Toronto, S. 268-281.
- Frölich-Steffen, Susanne 2008: Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklungen?, in: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter?: Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, Opladen/Farmington Hill, S. 303-321.
- Hartleb, Florian 2011: *A thorn in the side of European elites. The new Euroscepticism*, Centre for European Studies, Brüssel.

- Hartleb, Florian 2012: *All Tomorrow's Parties: The Changing Face of European Party Politics*, Centre for European Studies, Brüssel.
- Kitschelt, Herbert, mit Anthony McGann 1995: *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor.
- Spier, Tim 2010: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden.
- Sturm, Roland 2010: *Das Urteil steht vor dem Argument. Rechtspopulisten beanspruchen das Monopol der Interpretation des Volkswillens*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23. Februar, S. 11.
- Wilders, Geert 2012: *Marked For Death. Islam's War Against the West and Me*, Washington D.C.